افغانستان آزاد ــ آزاد افغانستان

بدین بوم و بر زنده یک تن مسبا از آن به که کشور به دشمن دهب

www.afgazad.com afgazad@gmail.com

European Languages

Ausgabe vom 23.11.2018

Von Reinhard Lauterbach 24.11.2018

In Würde frieren

Die Ukraine fünf Jahre nach dem »Euromaidan«



Aufrüsten statt sozialer Gerechtigkeit: Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko beim Singen der Nationalhymne bei einem Truppenbesuch in Schitomir (21.11.2018)

Foto: Gleb Garanich /Reuters

Normalerweise beginnt in der Ukraine die Heizsaison Mitte Oktober. Inzwischen ist es mehr als einen Monat später. In Teilen des Landes sind die Zentralheizungen bis heute

nicht angestellt worden. So in der Eisengrubenstadt Kriwij Rig (Kriwoj Rog) mit 300.000 Einwohnern oder in Smila im Gebiet Tscherkassi, wo 70.000 Bewohner bis heute frierend in ihren Wohnungen sitzen. Schulen und Kindergärten sind geschlossen, weil sie ohnehin nicht geheizt werden können.

Der Grund für die ausgebliebene Heizung: Der staatliche Gasmonopolist Naftogas hat die Belieferung der jeweiligen städtischen Heizwerke mit Gas eingestellt, weil die ihre Schulden nicht bezahlt haben. Selbst in der Hauptstadt Kiew wartet der Plattenbaubezirk Darnizja darauf, dass im Hafen von Odessa eine Schiffsladung südafrikanischer Kohle entladen und die 500 Kilometer nach Norden transportiert wird – ansonsten gehen die Feuer im Heizwerk aus.

Mit dem Zwangsfrieren statuiert die Regierung in Kiew auch ein Exempel gegenüber der eigenen Bevölkerung. Gerade hat sie die Gaspreise für Privathaushalte ein weiteres Mal erhöht, um diesmal 23,6 Prozent. Sie kam damit einer Bedingung des Internationalen Währungsfonds (IWF) für eine neue Kreditrate teilweise nach und hält sich noch zugute, dass sie die ursprüngliche Forderung der Geldgeber nach Erhöhungen der Energietarife um 60 Prozent um mehr als die Hälfte heruntergehandelt hat. Die 1,9 Milliarden US-Dollar, die die Ukrainer ihrem Land so erzittern, sind dabei ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie dienen dazu, alte Verbindlichkeiten umzuschulden, sind also nur ein durchlaufender Buchungsposten, um das Land vor dem offenen Bankrott zu bewahren.

Es ist nicht so, dass der IWF nicht wüsste, was seine Politik in der Ukraine anrichtet. Gerade erst hat er eine Statistik veröffentlicht, nach der das Land inzwischen, was das Bruttosozialprodukt pro Kopf angeht, auf den letzten Platz in Europa zurückgefallen ist. Selbst im Nachbarstaat Moldau liegt die Kennziffer inzwischen mit 3.200 US-Dollar pro Kopf und Jahr höher als in der Ukraine mit 2.900 US-Dollar.

Das Problem für die Ukraine ist dabei, dass das Land nicht nur die Absatzmärkte für seine Industrieprodukte weitgehend verloren hat. Denn diese waren in die Kooperationsketten mit Russland eingebettet. Inzwischen verliert die Ukraine buchstäblich die Menschen, mit denen sie ihr Sozialprodukt wieder erhöhen könnte.

Die Auswanderung von Arbeitskräften hält an, und dies obwohl die vielfach elende Lage ukrainischer Migranten etwa in Polen kein Geheimnis ist. Trotz offizieller Arbeitskräfteknappheit werden Ukrainer nach wie vor von Arbeitsvermittlern um ihren Lohn betrogen, in schimmeligen Kellern untergebracht und bei Widersetzlichkeit verprügelt und bedroht. Die Migration aus der Ukraine dürfte sich noch verstärken, wenn, wie geplant, zum Jahreswechsel Deutschland, Tschechien und die Slowakei neue

Einwanderungsgesetze in Kraft setzen, die die dortigen Arbeitsmärkte auch für Ukrainer öffnen.

Der Euromaidan nannte sich selbst eine »Revolution der Würde«. Daraus geworden ist eine Illustration der alten marxistischen Weisheit, dass sich der lohnabhängige Mensch von seiner Würde nichts kaufen kann. Dass sie unantastbar ist, ist gerade das Schöne an ihr. Antasten kann man derweilen alles andere